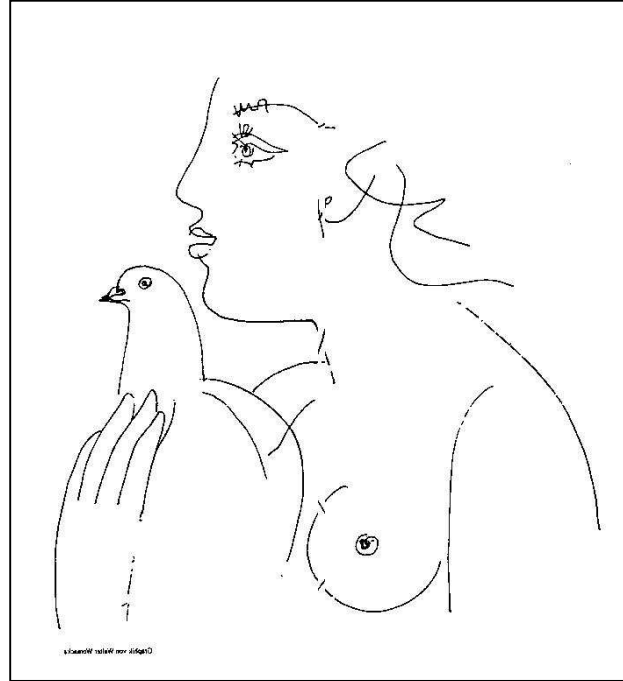


Nr. 177



# **Griechische Erfahrungen**

## **Wer ist als nächstes Land an der Reihe?**

Beiträge  
von  
Bruno Mahlow,  
Rainer Rupp,  
Luz María Lenkait

August 2015

## **Bruno Mahlow**

### **Griechische Erfahrungen - auch für Die Linke?**

Um das heutige Griechenland, seine Probleme und Erfahrungen zu erfassen, reicht es nicht mit dem Jahr 2015 zu beginnen. Die Quellen und Ursachen der griechischen Krise liegen mindestens bereits in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts und betreffen nicht nur Griechenland.

Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa und im Grunde genommen einem zivilisatorischen Rückschlag in der Entwicklung der Menschheit, gab es vielfach Illusionen und Hoffnungen. Man sprach von einem Ende des „kalten Krieges“, der wie sich erwies keinen Tag zu Ende war. Während die einen, darunter in Russland und auch viele Linke in Europa sich Illusionen und Hoffnungen hingaben, sahen Politiker der USA und ihrer NATO- Verbündeten, beflügelt von Siegermentalität, neue Freiräume für die offensive Verfolgung ihrer eigennützigen geostrategischen Ziele.

Mit der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses wurde der Frieden nicht sicherer und das Ringen um ein sozial gerechtes Leben bedeutend komplizierter. Resignation und Verwirrung griffen um sich. Die Kluft zwischen arm und reich wurde immer tiefer und von einem massiven Sozial -und Demokratieabbau begleitet. Auch die hohen Staatsschulden wuchsen weiter an. Zumal man sich um die Banken gekümmert und ihnen die Verluste abgenommen hatte. Zu beachten ist, dass das Problem der hohen Staatsverschuldung auch seitens konservativer Kreise mit Sorge und Warnungen begleitet wird. Und einmal mehr bestätigt sich: es geht um mehr und noch brisanteres als um Griechenland. Es geht um Grenzen, an die das neoliberalistische Wirtschaftssystem stößt.

In den Jahren 1997-99 prüfte man Griechenland als Kandidat für die Aufnahme in die Eurozone. Diese Prüfung erfolgte, betreffs der griechischen Schuldenrate, mit Tricks und Fälschun-

gen. Man ließ die hohen Militärausgaben und manches andere, wie Korruption und Verbringen von Kapital ins Ausland einfach unter den Tisch fallen. Daran ändert auch die spätere Erklärung Merkels nichts, dass man Griechenland gar nicht hätte aufnehmen dürfen. Eher spricht das für das Verderbliche von politischer Heuchelei und Lüge.

Die Einführung des EURO war für Griechenlands Wirtschaft ein harter Schlag, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen. Im Jahre 2010 war Griechenland pleite. Dennoch zwang man dem Land ein Austeritäts- und Sparprogramm auf, vergab neue Kredite für neue Schulden, die nie zurückgezahlt werden konnten. Die Wirtschaft versank weiter in die Krise, die sozialen Spannungen und Proteste nahmen zu. Sie erreichten 2012 ihren Höhepunkt, über den Mikis Theodorakis in einem Interview wie von einem Zeitpunkt sprach, in dem man durch eine Mobilisierung der Massen bereits die Regierung hätte übernehmen können.

Im Januar 2015 errang die linke Syriza einen Wahlsieg und übernahm in Koalition mit einer rechten Partei die Regierungsverantwortung, in einer von den konservativen Vorgängerregierungen und Brüssel herbeigeführten katastrophalen Wirtschaftssituation des Landes.

Es kam zu langwierigen Verhandlungen mit den Gläubigern (EU, EZB, IMF) mit Hoffnungen und Illusionen einerseits und mit kompromisslosen Zwangsaufgaben der EU andererseits.

Für die Grundstimmung in der griechischen Bevölkerung spricht das Ergebnis des Referendums vom 5. Juli 2015. 61,3 % stimmten mit NEIN gegen die EU und „Troika“-Forderungen. Dazu könnte man noch die 5,1% ungültigen Stimmen hinzufügen. Eine Woche später wurde Griechenland mit den Vereinbarungen vom 12. Juli faktisch zu einem Protektorat der EU. Damit haben wir nach dem von den USA in Chile gelenkten heimtückischen Sturz Salvador Allendes im Jahre 1973 ein wei-

teres aktuelles Beispiel dafür, was demokratische Entscheidungen eines Volkes für die USA und ihre Verbündeten wert sind.

Auch die Syriza-Partei steht vor einer harten Probe und vor der Schicksalsfrage, ob sie mit Tsipras als Ministerpräsident ihre Positionen halten kann oder ob es zu einer Spaltung kommt.

109 von 201 ZK-Mitgliedern haben gegen die Vereinbarung vom 12. Juli gestimmt. Tsipras hofft auf einem Parteitag im September die Situation für sich zu bereinigen. Dies ist auch längerfristig umso komplizierter, angesichts der zunehmenden schweren Lasten für das griechische Volk mit 60 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, 3 Millionen Bürgern ohne Krankenversicherung, der um zehn Prozent angehobenen Mehrwertsteuer, des Abbaus des öffentlichen Sektors, der Privatisierung, der prekären Lage des Klein- und Mittelstandes und von Hunger.

Für einen aufmerksamen Beobachter der bisherigen Entwicklung ergeben sich zunächst folgende Fragen:

**Erstens:** Woher kommen die enorm anwachsenden Schulden und wie ging die EU und vor allem Deutschland mit ihnen um?

Fakt ist, dass eine korrupte Schicht, insbesondere die griechischen Oligarchen und die internationalen Banken, für die die Schulden zu einem attraktiven Geschäft wurden, sich skrupellos auf Kosten des Volkes bereichert haben. Statt Schuldenschnitt und ökonomischer Wachstumsförderung wurde Griechenland mittels Kreditvergabe zur Anhäufung weiterer Schulden (die nicht zurückzahlbar sind) weiter in die Krise hineingeritten. Statt z. B. Militärausgaben radikal zu kürzen, musste Griechenland auf Kredit 2 deutsche U-Boote kaufen. Am Beispiel Griechenlands wurde einmal mehr deutlich, an welche Grenzen das neoliberale Wirtschaftssystem gerät auch im Umgang mit Ländern, die eine hohe Verschuldung haben. Nicht zufällig sorgen sich und warnen auch konservative Politiker und Ökonomen vor den zunehmenden Gefahren.

**Zweitens:** Wie erklärt sich das eilige harte Vorgehen der EU gegen die Tsipras - Regierung im Vergleich mit einem anderen zumindest in der Form „duldsameren“ Umgang mit den Vorgängerregierungen?

**Drittens:** Welche Ziele verfolgen die westlichen Gläubiger und vor allem auch Deutschland generell mit ihrer Haltung zu Griechenland und seiner (und nicht nur seiner) Krise?

Eine treffende Antwort auf alle drei Fragen könnte lauten: Wer links ist, wer falsch wählt, ja, wer aufmuckt, wird bestraft. Es geht darum, frühzeitig gegen jeden Versuch zur Umsetzung von etwaigen Alternativvorstellungen zum herrschenden Wirtschaftssystem vorzugehen. Das Beispiel von Syriza dürfe auf keinen Fall Schule machen. Die EU-Elite und vor allem Deutschland verfolgen mit ihrer antigriechischen Politik zugleich das Ziel, alle EU-Staaten zu disziplinieren. Mit dem „Grexit“, einem zeitweiligen oder dauerhaften Austritt/ Ausschluss hatte die EU unter Deutschlands Führung auch einen Plan B parat.

Und einen wichtigen strategischen Faktor sollte man nicht außer Acht lassen, auf den die USA besonderen Wert legen. Daher sind sie bestrebt, einen einseitigen EU-Austritt zu verhindern und das Land fest im westlichen Lager zu halten. Geht es doch um die geostrategische Bedeutung Griechenlands als NATO-Land, als US-Stützpunkt in Südosteuropa und zum Balkan. Zumal mit einem solchen Schritt die Gefahr verbunden ist, dass ein Raum für einen zunehmenden Einfluss Russlands und Chinas entsteht. Die US-Administration nutzt deshalb ihre dominierende Position im Internationalen Währungsfond (IWF), um in diesem Sinne - auch bis hin zur Akzeptanz eines Schuldenschnitts - Druck auf die EU und insbesondere auf Deutschland auszuüben. Es versteht sich, dass sie im eigennütigen US \$ -Interesse bewusst eine Schwächung der EU-Zone einkalkulieren.

Die Griechenland-Krise und die Verhandlungen der Syriza-Regierung mit der EU und dem IWF weckten einerseits Hoffnungen und Illusionen bezüglich möglicher Veränderungen. Andererseits wurden sie von EU und NATO umgehend als Alarmzeichen für die Realisierung ihrer Ziele gewertet. Das sich bis heute abzeichnende Ergebnis der Verhandlungen und ihrer Folgen für das griechische Volk stellt eine Niederlage für die Linken in Griechenland und in Europa dar. Aber nicht nur das. Das griechische Beispiel verdient Respekt vor dem Aufbäumen der Massen gegen das herrschende System. Und vor allem deshalb gilt ihm Solidarität. Über Lehren, Fehler und Konsequenzen wird man sich streiten müssen, aber bitte mit Vernunft.

Inwieweit die gegenwärtige Situation Griechenlands sich als dauerhafter Sieg für die EU und deren Führungsmacht Deutschland erweisen könnte, bleibt der weiteren Entwicklung der EU-Krise, der Zuspitzung der Widersprüche zwischen den verschiedenen Zentren, der sozialen und politischen Spannungen überlassen. Und damit natürlich auch den Konsequenzen, die von den Linken aus den griechischen Erfahrungen gezogen werden. Deutschland hat zunächst seine Führungsrolle durchgesetzt, aber, bei aller Zustimmung seitens seiner Bürger im eigenen Land, zu einem hohen Preis und mit einem mehr als fraglichem Ansehen.

Die Schläge gegen das griechische Volk sind hart. Mikis Theodorakis meinte – das griechische Volk habe, indem es laut „Oix“ (Nein) gerufen hat – „seinen Körper und seine Psyche erschöpft, es hat alles gegeben; Das habe ihn (M, Th.) grausam verwundet, denn „ein Volk (ist) kein Pferd, das fällt und wieder aufsteht... es wird viele Jahre dauern... bis es wieder aufzustehen vermag.“

Das dies nicht unbedingt viele Jahre dauern muss, davon zeugen viele historische Erfahrungen von Protestbewegungen und revolutionären Erhebungen. Denn, so schlussfolgerte Lenin bereits zu Beginn des vorigen, an revolutionären Kämpfen reichen

Jahrhunderts, das Volk lernt am ehesten aus seinen eigenen praktischen Erfahrungen.

Es sollte darüber hinaus auch jedem bewussten Linken einleuchten, dass dieser Lernprozess nicht dem Selbstlauf, einem passiven Abwarten und der Spontaneität überlassen werden darf. Bei der notwendigen Verbindung der Praxis, der Bewegung mit dem theoretischen Rüstzeug spielt der subjektive Faktor, eine mit einer marxistischen Weltanschauung und einem verantwortungsvollen Umgang mit der Geschichte ausgerüstete linke organisierte Kraft eine entscheidende Rolle.

Mikis Theodorakis zieht aus dem von ihm als bedauernswert eingeschätzten „historischen Fehler“ der Syriza-Regierung in den Verhandlungen mit der EU-Zone die Schlussfolgerung, dass es einer breiten Volksfront gegen das System bedarf. Er meint eine Art patriotisch - klassenbewusste Front wie der EAM (Volksbefreiungsfront gegen die deutschen Besatzer in den 40er Jahren.)

Inzwischen gibt es nicht nur unter den Linken bereits kritische Einsichten zu den griechischen Erfahrungen. Sie beziehen sich unter anderem auf eine fehlende beziehungsweise ungenügende realistische Analyse der Klassenverhältnisse im Lande und darüber hinaus auch des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses. Man habe „ die Macht“ unterschätzt. So wurde man Opfer eigener Illusionen.

Nicht nur Linke, sondern auch andere objektive Beobachter der griechischen Szene, einschließlich führender Wirtschaftswissenschaftler verweisen darauf, dass Syriza keinen Plan B gehabt habe. Inzwischen wurde bekannt, dass es einige Ansätze für einen solchen Plan gab. Ein „Grexit“ wurde jedoch in den Verhandlungen nicht einmal erwogen und vor allem auch nicht mit seinen Konsequenzen verbunden. Das Syriza-Konzept sah mehr aus als ein Versuch „den Kapitalismus vor sich selbst zu retten“ (ehemaliger Finanzminister in der Syriza Regierung Varoufakis).

In Wirklichkeit ergibt sich als eine wesentliche Erfahrung, dass eine linke Regierungsbeteiligung und sogar eine Mehrheit im Parlament nicht einmal eine Garantie für eine Reform des Systems von innen heraus ist. Und somit schon gar nicht für einen Systemwechsel, der ohne eine starke organisierte außerparlamentarische d. h. eine einflussreiche Massenbewegung nicht zu vollziehen ist.

Und bei allen weiteren Diskussionen sollte eine Erfahrung für alle Deutschen und vor allem für ihre Politiker nicht fehlen. Sie besteht in der Aufforderung, Lehren der Geschichte auch heute, insbesondere im Umgang mit anderen Völkern und Staaten äußerst sensibel zu handhaben. Deutschland hatte nach dem II. Weltkrieg bei vielen Völkern, auch bei dem griechischen Volk Schulden (nicht zu reden von den Schadenersatzforderungen), die nie zurückgezahlt wurden. Zu zwei Dritteln wurden sie Deutschland erlassen - auch von Griechenland. Aber doch wohl nicht mit der Aussicht, dass die heutige BRD erneut nach dem Motto „ am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ als Führungsmacht in falsche historische Fußstapfen tritt.

Und schließlich scheinen, im Zusammenhang mit den gegenwärtigen zu vernehmenden Forderungen nach einem Austritt aus der EU oder ähnlichem, auch Aussagen Lenins aus seinem Artikel vom 23. August 1915 - d.h. vor 100 Jahren - „Über die Losung von den Vereinigten Staaten Europas“ recht zeitgemäß und anregend zu sein:

„ Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Exports des Kapitals und der Aufteilung der Welt zwischen den „fortschrittlichen“ und „zivilisierten“ kolonialen Mächten, sind Vereinigte Staaten Europas, unter dem Kapitalismus, entweder unmöglich, oder reaktionär“ ( Lenin, Band 26, Seiten 351-355 russ. Ausgabe) Es lohnt sich, selbstverständlich unter Berücksichtigung der heutigen Internationalisierung des Kapitals und mittels der dialektischen Methode der Erkenntnis, diesen Artikel vollständig zur Kenntnis zu nehmen.



**Rainer Rupp**

## **Schnitt oder nicht**

**Auf Drängen Deutschlands soll sich der IWF an Debatten über Kredite für Athen beteiligen. Dieser verfolgt jedoch – zum Kummer Berlins – die Ziele der US-Regierung**

*(aus „JW“ vom 01.08.2015)*

Während der quälenden Verhandlungen der vergangenen sechs Monate zwischen Athen und seinen Gläubigern lauerte ständig die Frage im Hintergrund, ob der Internationale Währungsfonds (IWF) bei einem dritten, so genannten »Hilfsprogramm für Griechenland« mitmachen würde. Die Zweifel über die Rolle der Organisation beim neuen 86 Milliarden Euro Kreditpaket mehrten sich im Juli, nachdem nacheinander der Inhalt von zwei »streng vertraulichen«, internen Analysen des IWF über die griechische Schuldenquote der internationalen Presse zugespielt worden waren. Laut ihren Statuten kann nämlich die in Washington beheimatete, internationale Finanzorganisation keine neuen Kredite an ein Land vergeben, wenn dessen Schuldenlast die ökonomische Tragfähigkeit übersteigt.

In der Vergangenheit drängte der IWF in solchen Fällen die Gläubiger stets zu einem Schuldenschnitt, also zu einem Verzicht auf einen Teil der Rückzahlungen. So auch jetzt. Die beiden internen Studien waren zum Schluss gekommen, dass die griechische Schuldenquote (über 170 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) die Tragfähigkeit des Landes bei weitem überschreitet. Die Schlussfolgerung lautete, dass sich der Fonds nur dann an einem »Rettungspaket« beteiligen könnte, wenn die EU-Institutionen zuvor einem Schuldenschnitt für Griechenland zustimmen. Während Frankreich und die anderen Mittelmeerstaaten der Euro-Zone dem Ansinnen durchaus aufgeschlossen gegenüber standen, hatte die deutsche Bundesregie-

rung, insbesondere Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), einen solchen Kurs ohne Wenn und Aber zurückgewiesen. Darüber hinaus führte die schroffe und beleidigende Art der deutschen Ablehnung zu erheblichen Differenzen zwischen Paris und Berlin (siehe auch *jW* vom 28. Juli).

Tatsächlich scheint sich Berlin selbst in eine Sackgasse manövriert zu haben. Nach den Vorstellungen Frankreichs, Italiens und anderer sollte die neue Verhandlungsrunde um das dritte »Hilfspaket für Griechenland« ohne den IWF stattfinden und eine reine EU-Angelegenheit werden. Berlin befürchtete jedoch, dass in dieser Zusammensetzung der Einfluss der Mittelmeerländer bei der Überwachung der geforderten Sparmaßnahmen überhandnehmen könnte und bestand auf der Beteiligung der Finanzorganisation, die für ihre rücksichtslosen Kürzungen im Sozialbereich in Krisenländern berüchtigt ist. Aufgrund des deutschen Drucks fällt dem IWF nun eine Schlüsselrolle beim neuen EU-»Hilfsprogramm« für Griechenland zu. Ohne den Fonds kann das Programm nicht richtig anlaufen. Sehr zum Leidwesen Berlins hat nun ausgerechnet sein Hoffnungsträger am Donnerstag wissen lassen, dass er sich ohne Schuldenschnitt der EU-Gläubiger nicht an der »Rettung« beteiligen werde. Laut einer vierseitigen »streng vertraulichen« Zusammenfassung der Beschlüsse der IWF-Vorstandssitzung am Mittwoch, die der *Financial Times of London* vorliegt, werden Vertreter der Organisation zwar an den Verhandlungen der EU-Institutionen in Athen teilnehmen, aber nur um sicherzugehen, dass das Kreditpaket »im Einklang steht mit dem, was der Fonds im Auge hat«. Und der will einen Schuldenschnitt.

Die jüngste Entwicklung bedeutet, dass die Antwort auf die Frage, ob sich der IWF beteiligen wird oder nicht, über viele Monate, wenn nicht sogar bis ins Jahr 2016 auf sich warten lässt. Insbesondere auf Deutschland könnte diese Verzögerung erhebliche Auswirkungen haben, zumal die Bundesregierung bisher stets unterstrichen hat, dass es unmöglich sei, vom Bun-

destag die Genehmigung für weitere Kredite in Höhe von 86 Milliarden Euro zu bekommen, wenn der IWF nicht an Bord ist. Mit jedem zusätzlichen Monat, der vergeht, ohne dass Griechenland neue Gelder von seinen Gläubigern bekommt, um fällige Schulden an dieselben zu zahlen, wächst die Gefahr eines unkontrollierten Staatsbankrotts in Athen und eines Ausstiegs aus dem Euro, was auch in Berlin gefürchtet wird.

Derweil hat die US-Regierung wiederholt erklärt, dass sie aus geopolitischen und strategischen Gründen ein starkes Interesse daran hat, dass Griechenland stabil und fest im westlichen Lager eingebunden bleibt. Zugleich hat sie weiterhin die dominierende Position im IWF. Dessen Entscheidung, seine Beteiligung hinauszuzögern oder ganz auszusteigen, konnte daher nur in Abstimmung mit der Obama-Administration getroffen werden. So übt Washington über einen Umweg Druck auf Berlin aus. Die deutsche Regierung kann die Verhandlungen in Athen beschleunigen und die Zustimmung des IWF zum neuen EU-»Hilfspaket« sicherstellen, indem sie die Kröte des Schuldenchnitts für Griechenland schluckt, den auch die US-Regierung von Brüssel und Berlin fordert.

\*\*\*

**Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait**

## **Eigensinn der Merkel-Regierung ist dabei Europa zu zerstören**

### **Wer ist als nächstes Land an der Reihe?**

(NRZ 16. August 2015)

Nach geltendem westlichem Rechtsverständnis ist jeder Akt, der sich aus höherer Gewalt ergibt, nichtig, absolut nichtig. Die EU und alle Europa-Regierungschefs bezeichnen sich selbst als Rechtsgemeinschaft. Infolgedessen müssen sie es wissen und aufgrund dessen die fehlende Legitimität der unfreien Zustimmung des Staatsoberhauptes eines europäischen Landes erkennen, das sich in einer extremen Notlage befindet, eine Notlage, die seine Zustimmung gegen den Willen seines Volkes bestimmte, um den drohenden Kollaps zu vermeiden. Daher und zwar unter dem enormen wirtschaftlichen Druck und blamabler Einschüchterung war der griechische Regierungschef nicht imstande, seinen freien Willen, ja seine überzeugte Ablehnung und die des griechischen Volkes auszusprechen, sondern er war gezwungen, die Bedingungen seiner Kreditgeber zu akzeptieren.

Alexis Tsipras Zustimmung resultierte in der Tat aufgrund höherer Gewalt, was für alle Welt erkennbar ist. Seine reale Bitte, die zur Erholung Griechenlands führen würde, war ein Schuldenschnitt, aber gerade diese notwendige und vernünftige Maßnahme wurde von den Euro-Partnern ausgeschlossen. Das griechische Volk begreift die Notlage, in der sein Präsident handelte und gibt ihm deshalb Rückhalt. Heute unterstützen die Syriza-Regierung 39% der Griechen, d.h. viel mehr als die 30% vom Januar, als Syriza siegte, während das rechte Lager auf 19% sinkt. Eine weitere Frustration für diejenigen EU-Putschisten, die sowohl in Brüssel als auch in Berlin die Liquidierung der Syriza-Regierung planten. Die "wichtigste Währung" sei verloren gegangen und das ist das Vertrauen, sagte

die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, scheinbar ohne sich ihrer eigenen Zumutung im Klaren zu sein, da gerade sie das Vertrauen, die Glaubwürdigkeit der EU mit ihrer anmaßenden diktatorischen Haltung zerstörte.

Die Linksplattform in Syriza sollte den Fall vor den Europäischen Gerichtshof bringen. Allerdings sollte jeder Bundesstaatsanwalt Deutschlands handeln können, um die erpresserische Haltung der deutschen Regierung mindestens als jenseits der deutschen bzw. europäischen Rechtsordnung anzumahnen. Aber bisher setzen sich die judikativen Instanzen nicht ein, als ob sie keine judikative juristische Funktion zu erfüllen hätten.

Der Fortschritt im Zusammenleben der Menschen wird durch die allgemeine Anerkennung von Rechtsnormen erreicht. Das schließt natürlich nicht aus, dass gegen sie verstoßen wird, aufgrund dessen die judikative Staatsgewalt auch im strafrechtlichen Bereich besteht und anzuwenden ist. Die Entwicklung einer Rechtskultur in einem organisierten Gemeinwesen spiegelt den Grad seiner Zivilisation wieder. Da haben Politiker in Deutschland sicherlich einen Menge Nachholbedarf, was nicht verwunderlich ist, sieht man sich die deutsche Geschichte an.

Die aktuelle Kontroverse in Europa profiliert sich mehr denn je um das Déjà-vu in Deutschland, das Berlin noch einmal offenbart. So äußerte sich Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi mahnend gegenüber Deutschland: "Jetzt muss der gesunde Menschenverstand zum Zuge kommen. ... Italien will keinen Austritt Griechenlands aus dem Euro, und zu Deutschland sage ich: Genug ist genug." Die Verhandlungen, die sich schleppend tagelang bis hinein in die lange Nacht von Sonntag auf Montag (13.7.) hinzogen, hat die Euro-Währungsunion in einem wirtschaftlichen Morast bloßgestellt, der die zukünftige Existenz der Union ernsthaft gefährdet. Kein Abkommen, das aus dieser Notlage erwächst, ist rechtmäßig gültig.

Ein europäisches Land, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, wird von seinen EU-Partnern unter starken Druck ge-

setzt, ja existentiell eingeschüchtert, um ihm ein angebliches Hilfspaket zu gewähren, das nicht einmal seine Volkswirtschaft in Gang bringt, sondern wie zuvor im Teufelskreis europäischer Bankiers und Finanz-Konsortien landen wird. Der schmutzige Skandal geht zügellos weiter, ohne Halt, ohne Scham. Solange höhere Gewalt über einen Partner herrscht - diesmal die griechische Regierung bzw. das griechische Volk - kann kein legitimes Abkommen zustande kommen. Lediglich ein Schuldenschnitt und humanitäre Hilfe wären seitens der EU zu leisten, kein inhumaner Druck, keine kriminelle Erpressung. Wer ist als nächstes Land an der Reihe, dieses Ganoven-Stück zu erleben?

Das Schuldenproblem ist ein europäisches Phänomen, eine Folge weiterhin ungestraft betrügerisch-krimineller Handlungen frei agierender Finanzmanager in Banken, Versicherungen und Hedgefonds, darunter die Deutsche Bank an vorderster Wirtschaftsmafia-Front. Diese unerträglichen Zustände in der privaten Finanzwelt wollen Kanzlerin Merkel und ihre CDU-Kumpanen nicht wahrhaben. Sind sie von jenen Finanzganoven gekauft? Das Beute-Machen der kriminellen Finanzoligarchen bleibt nicht auf Griechenland beschränkt. Welches Land trifft es als nächstes? Portugal, Spanien, Italien, Frankreich, Slowenien, Belgien, ... die Liste ist lang. Durchgreifende Regulierungen der Finanzindustrie, der Einsatz der Justiz und eine europäische Schulden-Konferenz sind längst angebracht, aber dies findet nicht statt. Die Justiz-Instanzen nehmen ihre judikative Funktion gemäß dem Grundgesetz nicht wahr. Es ist Pflicht der Justiz, die Schuldigen für die ausgeübte Erpressung zu identifizieren und ihnen den Prozess zu machen. Institutionen werden von Menschen repräsentiert. Es sind die Menschen, die glaubwürdig oder unglaubwürdig sind. Dazu gehört der Charakter der Person. Es sind bestimmte identifizierbare Personen, die das Delikt der Erpressung gestaltet und begangen haben. Diese Personen gehören vor ein Strafgericht. Jeder Staatsanwalt in Europa weiß es und darf sich nicht charakterlos seiner Pflicht entziehen. Die Gesellschaft erwartet eine gerechte rechtmäßige

Antwort, die Deutschland das Gesicht der Zivilisation gibt und nicht den Schein der Barbarei.

Die ohnehin fehlkonstruierte Euro-Zone, weil eine einheitliche Währung in unterschiedlichen Volkswirtschaften nicht funktionieren kann (Anfangssemester Volkswirtschaft), ist seit fünf-einhalb Jahren ein ständiger Gefahrenherd für die Weltwirtschaft und damit auch für die US- und EU-Konjunktur.

<Noch vor fünf Jahren sagte Bundeskanzlerin Merkel, dass es zur Rettung Griechenlands keine Alternative gebe. Jetzt erklärt Deutschland, dass es keine Priorität sei, Griechenland im Euro zu halten. Stärkt das etwa das Vertrauen? ... das gegenseitige Vertrauen als soziales Kapital bleibt in Europa deutlich beschädigt>. So kommentiert die tschechische Zeitung Lidové Noviny am 14.7. den Zustand Europas.

Die ganze zivilisierte Menschheit hat kein Verständnis dafür, dass sich gerade Deutschland wie ein schändlicher Schulmeister und archaischer Diktator aufführt. Schließlich war es 1953 ausgerechnet das Volk der Mörder und Kriegstreiber gewesen, das auf der Londoner Konferenz in den Genuss eines umfassenden Schuldenerlasses kam, ohne den das westdeutsche Wirtschaftswunder nicht möglich gewesen wäre. Auch Griechenland, das unter dem Nazi-Terror heftig zu leiden hatte, stimmte damals zu. Vor diesem historischen Hintergrund hat der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker kurz vor seinem Tod die öffentliche deutsche Aufmerksamkeit ange-regt. Aber leider agieren die deutschen Macht-Cliquen weiter ohne historische Sensibilität, ohne historisches Bewusstsein, ohne menschliches Gewissen. Heribert Prantl trifft als gewissenhafter Journalist den Nagel auf den Kopf in seinem prägnanten SZ-Kommentar "Wer hat die Deutschen zum Richter bestellt?" (SZ, 15.7.): <...ein mächtiger und unguter Atavismus ... hat einen harten Kern: Die Sparpolitik, die Merkel und Schäuble ... als kluge Politik definieren, führt zu Untergangs-ängsten und Abstiegsszenarien ... Das europäische Deutschland, für das einst Helmut Kohl stand, soll nun in ein deutsches

Europa übergehen. Wie kam es dazu? ... Im europäischen Zusammenschluss blühte die Nachkriegs-Bundesrepublik auf, sie wurde zu einer Wirtschaftsmacht, ... weil dieses neue Deutschland nicht das alte Deutschland war, sondern ein Deutschland in Europa. Das verpflichtet; ... das verlangt von Deutschland besondere europäische Sensibilität - mehr als man jüngst in den Verhandlungen gezeigt hat.> Was Heribert Prantl übersieht, ist das andere Deutschland, das gerade im Gegensatz zum faschistischen Deutschland gegründet wurde: Die DDR. Sie war ein wirklich europäisches Ereignis mit breiter internationaler Anerkennung.

Einen vernichtenden Plan totaler Unterwerfung den Griechen zu diktieren, ist eine inakzeptable Zumutung, die nicht nur in Frankreich eine harte Reaktion provoziert. In der Pariser Nationalversammlung spricht man sogar vom "Vierten Reich". Die Deutschen hätten Alexis Tsipras "doch einen Revolver an die Schläfe" gesetzt, um mit Hilfe von Frankreichs Präsidenten François Hollande ihre Interessen durchzusetzen. Nein, mit der Ideologie von Hitler-Deutschland habe das nichts zu tun, heißt es auch im französischen Parlament - aber: "Das ist dieselbe Arroganz, dieselbe Verblendung! Zum dritten Mal in der Geschichte ist der Eigensinn einer deutschen Regierung dabei, Europa zu zerstören." Der neoliberale Dogmatismus zeigt sich als die neue Despotie Deutschlands, die sich gegen die existentiellen Interessen der europäischen Völker richtet und sie auf der Strecke lässt. Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und viele andere europäischen Länder müssen endlich mit Angela Merkels Austeritätspolitik brechen. Die großen Nationen Europas, allen voran Frankreich und Italien, sind dabei, das irrsinnige Austeritätskonzept zu korrigieren. Hier zeigt sich klar die erforderliche Divergenz mit Merkel-Deutschland.

<Mit einer beispiellosen Machtdemonstration hat Berlin die Regierung Griechenlands an den Rand des Zusammenbruchs getrieben und Athen seiner Souveränität beraubt. Griechenland erhält nicht den benötigten Schuldenschnitt, sondern wird da-



mit de facto zu einer Art Protektorat nicht demokratisch gewählter Finanzinstitutionen. Die Beschlüsse der Eurogruppe entsprechen weitestgehend deutschen Vorstellungen. In der griechischen Hauptstadt werden inzwischen Neuwahlen in Aussicht gestellt. Man könne den deutschen Zumutungen nicht zustimmen. Prominente US-Ökonomen verurteilen den deutschen Kurs auf schärfste und stellen fest, Berlin ziele faktisch auf einen Staatsstreich in Athen.

Die Staats- und Regierungschefs der Eurogruppe haben am 13.7. die griechische Bitte um einen dringend benötigten Schuldenschnitt abgewiesen und sich stattdessen auf ein neues "Hilfspaket" für Griechenland geeinigt, damit es weiterhin Kredite insbesondere deutscher und französischer Banken bedienen kann. Dafür muss Griechenland umfassende finanz- und wirtschaftspolitische Eingriffe vollziehen. Der diktatorische Durchmarsch Berlins beim Eurogruppen-Gipfel am Montag 13.7. erfolgte mit einer in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Machtdemonstration nicht nur gegenüber Griechenland, sondern auch gegenüber anderen EU-Verbündeten, vor allem gegenüber Frankreich. Sie zeigt, mit welcher brutaler Gewalt die Bundesrepublik ihre politischen Ziele der EU mittlerweile oktroyiert. Die Bundesregierung belehrte Brüssel und startete einen Frontalangriff auf die griechische Regierung. Bundesfinanzminister Wolfgang „Jekyll“ hatte seinen griechischen Kollegen abfällig angeherrscht: "Geh doch in euer Parlament und: Just do it". Das würde wahnsinnig viel Vertrauen schaffen. Aber das interessiert den deutschen Dr. Jekyll nicht. Er setzt sich durch, koste es, was es wolle. Das ist sein Credo, sein Stil in bester faschistischer Tradition. Zudem orchestrierte Berlin seine Offensive gegen die Regierung Tsipras mit zustimmenden Äußerungen aus mehreren abhängigen Staaten vor allem Osteuropas. Der Auftritt der lettischen Ministerpräsidentin war eine mediale Inszenierung, deren Fäden Berlin in der Hand hielt.

Der brillante aufgeklärte griechische Finanzminister Yanis Varoufakis sagte in der englischen Tageszeitung "The Guardi-

an": "Die Bundesregierung erwägt offenbar schon seit längerer Zeit einen "Grexit", um an Griechenland ein Exempel zu statuieren und auf diese Weise Frankreich zur definitiven Akzeptanz seiner Austeritätspolitik zu zwingen. Paris hat sich Berlins Spardiktaten von Beginn an immer wieder widersetzt, sich allerdings nie gegen die deutsche Übermacht durchsetzen können."

Der italienische Ministerpräsident Renzi ließ sich in der Zeitung Il Messagero mit der Warnung zitieren: "Zu Deutschland sage ich: Genug ist genug. Einen europäischen Partner zu demütigen, obwohl Griechenland fast alles aufgegeben hat, ist unvorstellbar." Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn warnte: "Wenn Deutschland es auf einen Grexit anlegt, provoziert es einen tiefgreifenden Konflikt mit Frankreich. Das wäre eine Katastrophe für Europa. Es geht jetzt darum, nicht die Gespenster der Vergangenheit heraufzubeschwören."

Gerade diese Katastrophe, dieser unerwünschte Konflikt ist bereits eingetreten. Der boshafte Geist, die verschreckenden Schatten der Vergangenheit sind bei der Haltung und beim Stil der Merkel-Regierung zu spüren. Undemokratisch und respektlos handelt diese CDU/CSU/SPD-Regierung in strengem Einverständnis mit großen Bankiers als Geldgeber, die von dem skrupellosen schmutzigen Spiel mit Griechenland am meisten profitieren.

Entsetzt äußerten sich schon am Montagabend vergangener Woche mehrere US-Wirtschaftswissenschaftler, die Eurozone sei ein "Tollhaus", "die deutsche Führung ist grausam". Nobelpreisträger Paul Krugman hielt in einem Kommentar fest: Eine substantielle Kapitulation reicht Deutschland nicht aus, weil es einen Regime-Change und die totale Demütigung Griechenlands will. ... Wer will jemals wieder Deutschlands Absichten trauen? ... Das europäische Projekt ... hat einen schrecklichen, vielleicht tödlichen Schlag erhalten. Und was immer man von Syriza oder Griechenland hält - es waren nicht die Griechen, die

das getan haben.> (auszugsweise und leicht verändert aus "Die Politik des Staatsstreichs", German-Foreign-Policy.com, 13.7.15)

Die Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, erklärten am Sonntag, 12.7., hier in Auszügen: <Griechenland wird eine Kürzungspolitik diktiert, die es immer ärmer macht und seine Schulden weiter erhöht. ... Zahlen für diesen Wahnsinn dürfen die europäischen Steuerzahler, die dank Merkel heute für den übergroßen Teil der griechischen Schulden haften. ... Inzwischen scheinen Schäuble und Gabriel selbst den Glauben an ihre Medizin verloren zu haben und fordern den ... Rauswurf des verarmten Landes aus der Euro-Zone. Es ist offenkundig: ... Hier geht es darum, ein Exempel zu statuieren: Wer immer in Europa es wagt, gegen deutsche Vorgaben und neoliberale Politik aufzumucken, der hat keine Chance.

Schäuble und Gabriel wollen ein deutsches Europa und kein europäisches Deutschland. Das Erbe Helmut Kohls wird leichtfertig verspielt und das Verhältnis zu Frankreich und Italien verschlechtert. Dass ein SPD-Vorsitzender inzwischen als Hardliner beim Vorantreiben von Rentenkürzungen und Privatisierungen vortprescht und Merkel beim Schüren nationalistischer Ressentiments regelmäßig rechts überholt, ist eine Schande. ... Mit der SPD ist wohl auf absehbare Zeit keine sozial verantwortbare Politik zu machen. ...

Die bisherige Politik in Europa ist gescheitert. Es muss dringend eine Lösung für die Staatsschulden nicht nur in Griechenland geben. Überschuldete Länder brauchen ... einen Schuldenschnitt. Endlich muss europaweit eine Vermögensabgabe eingeführt werden. ... In Investitionsprogrammen, die die reale Wirtschaft ankurbeln, wäre das EZB-Geld europaweit wesentlich besser angelegt als in obskuren Finanzpapieren, die nur die Vermögensblasen weiter aufblähen und die Reichen noch reicher machen.> ("Abgeschrieben", Junge Welt, 13.7.). (PK)

*Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait ist Juristin und Diplomatin a.D., die nach dem Putsch in Chile nach Deutschland emigriert war. Wir danken ihr ganz herzlich für diesen Artikel. Online-Flyer Nr. 520 vom 22.07.2015*